

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M. monatlich 10.- M. frei ins Haus voraus zahlbar. Halb- bezug: Monatlich 10.- M. ein- mal zu Beginn des Monats. Unter Bezugnahme für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Westpreußen, sowie die ehemals deut- schen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Rumänien 20.- M. für das übrige Ausland 25.- M. Post- bezugungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechien, Estland, Din- mark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft 1,50 M. (zu- lässig zum letzten Heft) jedes weitere Heft 1.- M. Streifenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Heft 1.- M. jedes weitere Heft 50 Hg. Nicht über 15 Buchstaben zählen für zwei Zeilen. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50 Hg. - M. Die Preise verstehen sich einschließlich Erwerbssteuer.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Mittwoch, den 20. Juli 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Zentrale-Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Der Kampf um Oberschlesien.

Die französische Presse behauptet, daß Italien sich dem französischen Vorgehen in Berlin wegen des Selbstschutzes und der angeblichen Angriffsabsichten in Oberschlesien angeschlossen habe. Auf Anfrage an zuständiger Stelle antwortet man uns, daß von einem solchen Verhalten Italiens nichts bekannt sei. Der Umstand, daß Bonomis Programmrede nichts von Oberschlesien enthielt, kann nach beiden Seiten gedeutet werden; an Verleumdungen, Italien an den frankopolnischen Wagen zu spannen, wird es ja nicht gefehlt haben.

Inzwischen hat Korfanty in Paris durch neue Eventualdrohungen mit Aufständen und weiteren Folgen bei manchen Leuten angefochten, und es wird schon gemeldet, daß seine Krankheit ihn hindern dürfte, mit aller Energie für seine Sache einzutreten. Es wird unerwünscht sein, den Schein zu erwecken, daß Herr Korfanty auch die französische Zivilpolitik leitend beeinflusse.

Eine neue Teilungslinie wird Herrn Loucheur zugeschrieben. Danach sollen Ploß, Rybnik, Kattowitz und Beuthen an Polen fallen.

Die britische Antwort an Frankreich ist noch nicht bekannt; es wird angekündigt, daß sie den schleunigen Zusammentritt des Obersten Rates fordern, weitere britische Truppensendungen nach Oberschlesien ablehnen werde.

Der „Temps“ deutet jetzt die Möglichkeit an, das ungeteilte Oberschlesien zehn oder zwanzig Jahre lang bei „entsprechender Sicherung am Rhein“ unter militärisch starker Herrschaft der Entente zu lassen.

Frankreich geht allein vor.

London, 20. Juli. (W.B.) Der diplomatische Korrespondent des „Exchange Telegraph“ teilt mit: Der französische Botschafter sprach bei Lord Curzon vor, der ihm gegenüber erneut den dringenden Wunsch der britischen Regierung nach einem baldigen Zusammen- tritt des Obersten Rates zum Ausdruck brachte. Die Aussichten hier- für sind indessen nach wie vor nicht groß, und zwar nicht deshalb, weil die französische Regierung abgeneigt ist, die Orientfrage zu er- örtern, sondern deshalb, weil Frankreich entschlossen ist, seine Sicher- heit nicht durch eine vorzeitige Aufhebung der Zwangsmaßnahmen oder durch die Ueberweisung des ober-schlesischen „Kriegsarsenals“ an Deutschland zu gefährden. Ferner wird von französischer Seite betont, daß, da Großbritannien und die Vereinigten Staaten bisher den Garantievertrag für Frankreich nicht ratifiziert haben, Frankreich auf eigene Hand Garantien gegen die Möglichkeit eines neuen deutschen Angriffs suchen müsse. In britischen Kreisen wird bemerkt, daß Frankreichs neue ober-schlesische Politik in der Richtung auf ein unabhän- giges Auftreten sich entwickelt. Briand hat zwar England und Italien ersucht, mehr Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, aber zu gleicher Zeit hat er den Entschluß der französischen Regierung nicht verheimlicht, auf jeden Fall Truppen zu entsenden, welche Auffassung auch immer in London oder Rom über die Angelegenheit bestehen sollte.

Der neue Mittelpunkt Europas.

Prag, 19. Juli. (E.P.) Der Plan, die Anwesenheit des jugo- slawischen Ministerpräsidenten Pašić in Marienbad zu einer Konferenz zwischen ihm und Dr. Benesch zu benutzen, besteht schon seit längerer Zeit, und auch die Ansicht Tade Jonskus, an diesen Besprechungen teilzunehmen, ist schon gemeldet worden. Die Konferenz der drei maßgebenden Minister der kleinen Entente, die in nächster Zeit stattfinden soll, erhält jetzt durch die Ankündigung des Besuchs Briands und Jochs in Prag noch besondere Be- deutung.

Prag, 20. Juli. (T.L.) Die Regierung hat dem hier weilenden Kerenki zu verstehen gegeben, daß sie für seine Sicherheit keine Bürgschaft übernehmen könne, woraus Kerenki abgereist ist. (Die Monarchisten können ruhig bleiben!)

Eine Schlappe der englischen Regierung.

London, 20. Juli. (E.E.) Bei der gestrigen Beratung des Finanzgesetzes im Unterhause wurde mit 137 gegen 135 Stimmen ein von der Regierung bereits abgelehnter Zusatzantrag angenom- men. Es handelt sich um eine von Asquith empfohlene Aus- nahmebestimmung für die Besteuerung von Kooperationsgenossen- schaften. Die Opposition begrüßt das Ergebnis der Abstimmung, durch die die Regierung in die Minderheit verfeßt wurde, mit großem Beifall, und Mac Lean forderte den Rücktritt der Re- gierung. Einem Antrag auf Vertagung der Debatte gab der Sprecher nicht statt. Zu dem Zwischenfall dürfte der Umstand stark beigetragen haben, daß gleichzeitig ein Empfang in den Gärten der Downingstreet stattfand, zu dem 1500 Gäste erschienen waren, dar- unter alle Mitglieder der Regierung, zahlreiche Abgeordnete, die Ministerpräsidenten der Dominions und auch Mitglieder der Ar- beiterpartei.

London, 19. Juli. (Havas.) Im Unterhause erklärte in Beant- wortung verschiedener Anfragen über die Leipziger Urteile

Der Korrespondent schließt mit der Bemerkung, daß auch die Frage von Tanager den Gegenstand informeller Besprechungen zwischen London und Paris bilde. In gewissen französischen diplo- matischen und politischen Kreisen werde mehr Nachdruck auf die schließ- liche Erwerbung der Enclave von Tanager durch Frankreich als auf den Besitz Sgriens gelegt.

„Morning Post“ schreibt: Wir erfahren von maßgebender Seite, daß die britischen Abgeordneten keine derartigen Informationen über die Lage in Oberschlesien vorlagen, wie den französischen, und daß die französischen Informationen ihnen nicht mitgeteilt worden sind. Eben- sowenig sei die britische Regierung verurteilt worden, daß die fran- zösischen einen Schritt in Berlin beabsichtigten. Die britischen Abge- ordneten glaubten, daß die deutsche Regierung ihre Versprechungen bezüglich Oberschlesiens loyal erfülle. Auf jeden Fall hätten sie eine Untersuchung angeordnet, um festzustellen, ob diese Annahme be- gründet sei. Eine neue Note sei nach Paris abgesandt worden. Der Meinungsaustausch erfolge durch die üblichen diplomatischen Kanäle.

Unruhen bei Entwaffnung Aufständischer.

Hohenstaufen, 20. Juli. (T.L.) Hier kam es anlässlich der Ent- waffnung der hier untergebrachten polnischen Aufständischen zu bluti- gen Ereignissen. Von den Aufständischen in Stärke von etwa zwei Regimentern leistete nur ein kleiner Teil dem Befehl, die Waffen ab- zuliefern, Folge. Als Grund des Ungehorsams gaben die Meutern- den an, der Staat schulde ihnen den Sold in deutscher Währung. Ein Major versuchte die Aufständischen zu beruhigen, was jedoch nicht gelang. Erst nach einer Salve, wobei es zwei Tote und fünfzehn Verwundete gab, zogen sich die Meuterer in ihre Kasernen zurück und konnten entwaffnet werden.

Die Interalliierte Kommission hat heute morgen unter Führung de Ronds ihre zweite Besichtigungsreise, diesmal ins Rybniker Gebiet, angetreten. — Das italienische Mitglied ist bekanntlich unterwegs nach Rom.

Lügenhege gegen den Reichspräsidenten.

Der „Figaro“ schreibt, Präsident Ebert habe General Höfer be- glückwünscht, der sich verpflichtet habe, aus Oberschlesien einen Heer der Wiederherstellung und Größe Deutschlands zu machen. Da der Reichspräsident dem Führer der deutschen Aufständischen seinen Dank ausspreche für die „Befreiung einer unterdrückten Bevölke- rung, die das Opfer schändlicher Ausschreitungen sei“, bilige er dieses Programm. Der ehemalige Sattler Ebert, ein Sozialdemo- krat, der selbstverständlich alldeutsch denke, spreche im Namen von ganz Deutschland.

Bei dieser Hege handelt es sich um eine grobe Fälschung, indem Ebert ein Dankschreiben des Präsidenten des Reichsbürger- rates unterstellt wird, das General Höfer für die Tätigkeit des Selbstschutzes dankt.

der Generalsstaatsanwalt, daß über die Haltung der französischen Regierung keine anderen Informationen vorlägen, als die bereits in der Presse veröffentlichten. Er fügte hinzu, daß die Reihe von Prozeßten, die vorläufig von der britischen Regierung ausgemittelt seien, beendet sei, und daß die Frage der einzunehmenden Hal- tung genau von den Alliierten geprüft werden würde. Er hoffe, daß dies bald geschehen werde. Die Prozeßkosten einschließlich der Reisekosten würden von Deutschland bezahlt. Er habe sich ge- weigert, Gelder für seine Anwesenheit beim Leipziger Gericht an- zunehmen.

Diese letzte Äußerung kann wegen der Sparankheitsbewegung erfolgt sein und soll wohl bedeuten, daß der Generalsstaatsanwalt für seine Anwesenheit in Leipzig nichts liquidiert.

London, 20. Juli. (Reuter.) Heute wird eine Kabinettsitzung abgehalten werden, in der Lloyd George über seine Besprechungen mit den irischen Vertretern berichten wird. Die Unterredungen zwischen dem Premierminister und Deasera wurden fortgesetzt.

London, 20. Juli. (E.P.) „Daily Mail“ zufolge wird Lloyd George die größte Mühe haben, eine Mehrheit im Parlament hinter sich zu haben, wenn er sich den Sinnseimern gegenüber entgegen- kommend zeigt. Lloyd George ist entschlossen, die äußersten Mittel anzuwenden, um eine Lösung zu erreichen. Er wünscht nach Washington zu fahren, um der Herding-Konferenz beizumohnen, und das wird nur möglich sein, wenn die Trennfrage zuvor gelöst wird. In dieser Richtung übt America, früher als man gedacht hätte, auf die Lösung der irischen Frage einen Dr u c k aus.

Abbau des Hasses. Der belgische Ministerpräsident hat an die Provinzialverwaltungen einen Erlaß gerichtet, worin er an das Ein- rücken der deutschen Truppen in Belgien am 1. August 1914 er- innert. Die Reichsengländer werden an dem Erinnerungstage Gedenken. — General Degoutte sagte der spanischen Militärmission beim Festessen, die Spanier wählten ja aus Marokko, was es heiße, dauernd einer widerpenstigen Bevölkerung gegenüber- zutreten. Die spanische Mission sei dazu berufen, die deut- schen Truppen über die Grausamkeiten der Franzosen und über die Ver- wendung farbiger Truppen im Rheinland zu widerlegen.

Rußlands Hungerkatastrophe.

Auch die kommunistische Presse Deutschlands gibt jetzt notgedrungen zu, daß Rußland von einer furcht- baren Hungerkatastrophe bedroht ist. Man nennt die ungeheure Zahl von 25 Millionen Menschen — Land- bevölkerung wohlgemerkt nicht städtische Arbeiter —, die an der Möglichkeit einer auch nur kümmerlichen Ernährung ver- zweifeln, die weiten Gebiete der Mißernte zu verlassen be- ginnen, um sich in rat- und regellosen Schwärmen in das übrige Land zu verstreuen. Die Summe des Elends, die in dieser Tatsache enthalten ist, läßt sich nicht ermessen, und jeder Mensch, der in der Lage ist, zum Damm gegen diese Flut menschl- ichen Unglücks ein Steinchen zu liefern, hat die Pflicht, es zu tun.

Ein rechtsgerichtetes, nationalistisches Blatt hat dieser Tage den Satz gewagt: „Wir haben nichts zu geben, aber hätten wir, so dürften wir nicht geben!“ Aus diesen Worten, die der Berliner Spiegbürger in seinem „Lokal- Anzeiger“ las, ohne viel darüber nachzudenken, spricht der- selbe Geist stumpfsinniger Roheit, dessen kraftmeiernde Be- tonung im Ausland die falsche Vorstellung erweckt hat, als bestünde das deutsche Volk nicht aus fühlenden Menschen, sondern aus Bestien. Dieselben Leute, die die Torpedierung von Hospitalschiffen und die Beschädigung von Rettungsbooten mit der englischen Hungerblockade zu rechtfertigen versuchten, wollen jetzt ungerührt zusehen, wie 25 Millionen Menschen, Männer, Frauen und Kinder, verhungern, weil sie glauben, daß das ihren politischen Zielen nützlich sei.

Diese Gesinnung wäre niederträchtig, auch wenn der Glaube, auf den sie sich stützt, richtig wäre. Aber er ist falsch. Deutschland hat nichts dabei zu gewinnen, wenn der Bolschewismus in einer Katastrophe untergeht. Es besteht nicht die geringste Gewähr dafür, daß dem Sturz der Sowjets ein Regime folgen würde, das die Herstellung leidlich geord- neter Verhältnisse bedeutete, vielmehr spricht alle Wahr- scheinlichkeit dafür, daß ein gewalttätiger Umsturz nichts anderes brächte, als statt der alten eine neue Form der russi- schen Mißwirtschaft. So sehr wir den Bolschewismus als eine barbarische Verzerrung des Sozialismus bekämpfen, so haben wir für Rußland keine Sehnsucht nach einer Herr- schaft der Schwarzen Hundertkisten, nach einer Zerstückung des Reichs durch einen dreißigjährigen Bürgerkrieg. Viel- leicht könnten einige militärische Abenteurer oder waghalsig spekulierende Kapitalisten aus einer solchen Entwicklung Nutzen ziehen, für das arbeitende Deutschland wäre sie nichts als eine neue Gefahr. Nein, wir können uns gar nichts davon versprechen, wenn der Bolschewismus, der doch eben daran ist, sich langsam und mühsam zur Vernunft zurückzutasten, auf diesem Weg in den Abgrund stürzt.

Auf der anderen Seite aber wird jeder unbefangene Mensch zugeben müssen, daß es nicht zugunsten der russischen Regierung und der von ihr angewandten Wirtschaftsprin- zipien ist, wenn sie nicht imstande war, eine solche Kata- strophe vom arbeitenden Volk Rußlands abzuwehren. Sie kann zwar sagen, daß sie die Erbschaft des Zarismus, und des Weltkriegs übernommen hat, aber es ist immerhin schon das vierte Jahr, seit sie die Zügel an sich gerissen hat und unbeeinflusst von der gewalttätig niedergebaltene Volks- meinte umumschränkt regiert. War sie auf dem richtigen Wege, so hätte sie es in dieser Zeit zu besseren Ergebnissen bringen müssen.

Für uns westeuropäische Sozialisten ist der Sozialismus ein System, um die Lage der arbeitenden Men- schen zu bessern, und kein mechanisches Schema, das rücksichtslos angewendet werden muß, wenn daran auch die Menschen zugrunde gingen. Wir besitzen nicht den grausamen Mut, gegen die jetzt lebende Generation und die heranwach- sende zu wüten in dem unbewiesenen und unbeweisbaren Glauben, daß daraus das Glück eines noch späteren Geschlechts heranzuwachsen würde. Wir besitzen auch nicht die Möglichkeit dazu, denn unser Volk würde sich — glücklicherweise, sagen wir — zu solchen Experimenten nicht hergeben. Sie sind nur möglich bei einem Volk wie dem russischen, das in einer furcht- baren Schule des Leidens stumpfen Gehorsam gelernt hat —, und selbst dort gibt es vielleicht einen Punkt, an dem der allzu straff gespannte Bogen zerbricht.

Mit dem Problem der „Sozialisierung der Landwirtschaft“ hat die russische Katastrophe nichts zu tun. Der Bolschewismus hat sich ja mit diesem Problem niemals beschäftigt, er hat sich darauf beschränkt, nach sozial- revolutionären Rezepten in der Landwirtschaft, das heißt im allergrößten Teil der russischen Volkswirtschaft das bäuerliche Privateigentum herzustellen. Bauern sind es, die jetzt im Wolgagebiet verhungern, und zwar vor allem deshalb ver- hungern, weil ihnen die Methoden der modernen Landwirt- schaft unbekannt sind, weil sie selbst in günstigen Jahren kaum die Hälfte des europäischen Produktionsertrages hervorbringen, in ungünstigen aber der Ungnade des Himmels ganz hilflos gegenüberstehen. Dazu kommt der Mangel jeder durch- greifenden Organisation und eines funktionierenden Trans- portwesens, die Unmöglichkeit, Kredite zu beschaffen, für Zu- kunftswerte jene Gegenwartswerte auszufuttern, die man

zur Erhaltung des nackten Daseins braucht. Wenn Sozialismus Steigerung der Produktion, Rationalisierung der Wirtschaft, sinnvoller Ausbau der Organisation ist, dann stirbt die Volksebene im bolschewistischen Russland nicht am Sozialismus, sondern umgekehrt an dem Fehlen alles dessen, was das Wesen des Sozialismus ausmacht: an der Vernachlässigung der Produktion, an der Vernachlässigung der Wirtschaft, an dem staatlichen Verfall, an der um sich greifenden Anarchie.

Unsere deutschen Kommunisten freilich wagen an russischen Zuständen kein Wort der Kritik, gegen die russische Regierung nicht einmal ein Wort der Warnung. Während in Deutschland an allem, was Unbehagen erregt, den „Sozialverrättern“ in der Regierung die Schuld gegeben wird, befehligen sie sich der russischen Regierung gegenüber einer geradezu widerwärtigen Offiziösität. In Deutschland heißt es auf jeden Fall: „Die Regierung hat schuld daran!“ Was in Russland an Grausigem aber passiert, wird nach Kräften vertuscht; wenn das aber gar nicht mehr geht, dann hebt man beschwörend die Hände und ruft: „Die Regierung kann nichts dafür!“

Es ist das Unglück der russischen Regierung, daß sie im Ausland keine aufrechten Freunde besitzt, sondern daß sie sich auch hier mit ihrem Geld und ihren Druckmitteln nur ein Geschlecht von Kriechern und Schmeichlern herangezogen hat. Wo ist die kommunistische Partei in Europa, die die Autorität befehle und die den Mut aufbrächte, den allmächtigen und allwissenden Herren des Kreml zu sagen, daß sie etwas schlecht gemacht hätten, und ihnen zu raten, wie sie es besser machen könnten? In der ganzen kommunistischen Bewegung Europas gibt es keinen Mann, der auch nur Aussicht hätte, in Moskau mit Achtung angehört zu werden.

Aber diese Allmächtigen, die allzurasch die Herrscherkumst gelernt haben, andere erzittern zu lassen, sie zittern heute selbst vor dem armen Ruschik, vor dem russischen Bauern, der in Hungersnöten fassungslos um sich greift und eines Tages sie selber an der Kehle packen könnte. Furchtbare Ironie des Schicksals! Einst waren es die Radikalen in der sozialistischen Bewegung, die hartnäckig an der „Verleumdungstheorie“ festhielten, an dem Glauben, eine Riesenvölle menschlicher Not werde eines Tages das ganze kapitalistische System mit einem Schlage hinwegschwemmen. Und jetzt ist ein System, das sich selber großsprecherisch als „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ bezeichnet, hart daran, durch eine Glendkatastrophe von noch nie erlebtem Umfang vernichtet zu werden. Die Verleumdungstheorie droht Praxis zu werden am Bolschewismus! Despoten, die vor der Verzweiflung des hungernden Volkes zittern — das sollten unsere Vorbilder sein?

Wir hegen längst nicht mehr die Sorge, daß die deutschen Arbeiter den Irrweg der russischen beschreiten könnten. Die Zeit ist vorbei. Desto größer ist die Befürchtung, daß über Russland eine neue Katastrophe hereinbricht, deren politische und soziale Folgen für ganz Europa in unheilvoller Weise fühlbar werden. Würde es noch eine Möglichkeit, sie zu vermeiden, könnte sich der Bolschewismus noch auf den Weg der Evolution und der Demokratie retten, auf dem er freilich aufhört zu sein, was er ist, das wäre sicher das Beste für ihn und für die Sache des arbeitenden Volkes in der ganzen Welt!

Offiziere für bezahlte Arbeitslosigkeit.

Wir wiesen kürzlich darauf hin, mit welcher Energie sich die pensionsberechtigten Beamten und Offiziere dagegen mehrten, daß ihnen durch Schaffung eines Gesetzes dann die Pension zugunsten des Staates gekürzt werden kann, wenn sie sich in gut bezahlten Privatstellen beschäftigen. Der Entwurf des Pensionsstärkungsgesetzes hielt sich in durchaus bescheidenen und berechtigten Grenzen. Er soll jetzt „zur Neubearbeitung“ zurückgezogen werden sein.

In der Zwischenzeit geht der Kampf gegen den Gedanken der Pensionsstärkung weiter. Besonders auffällig erscheint in diesem Zusammenhang eine Veröffentlichung des „Militär-Wochenblattes“. Darüber, daß man behauptet, die Regierung wolle den Berechtigten die Pension entziehen, die sie

nötig haben, regen wir uns nicht weiter auf. Kleine Bügen gehören für die Gegner der Regierung zu den anständigen und selbstverständlichen Hilfsmitteln. Wichtig ist schon die Drohung, daß bei Einführung des Pensionsstärkungsgesetzes ein Teil der ehemaligen Offiziere, welcher die Arbeit nicht unumgänglich nötig hat, schleunigst die Arbeit niederlegen würde. Dann heißt es im „Militär-Wochenblatt“ weiter:

Ein anderer Teil wird sich Arbeit suchen, deren Erträge nicht nachweisbar sind. Ein dritter Teil könnte in berechtigtem Selbsterhaltungstrieb dazu genötigt werden, den Staat und die Pensionsabteilung zu hintergehen. Diese Leute wären aber auch zur Steuerhinterziehung gezwungen, denn da sich alle Behörden untereinander Auskunft erteilen, dürfte sich die Pensionsabteilung gewöhnlich an die Steuerbehörde wenden. Die Kommunisten werden gewiß dem Gesetz gern zustimmen, weniger aus Abneigung gegen das frühere Offizierkorps, sondern weil sie wahrscheinlich durch dieses Gesetz eine Reihe proletarisierter tüchtiger Führer zum Kampf gegen die bürgerliche Ordnung gewinnen könnten.

Das schreibt ein ablicher Hauptmann! Wir empfehlen seinen Artikel unseren Freunden von rechts, wenn sie wieder einmal über die Arbeitslosen schreiben, die „nur deswegen“ nicht arbeiten, weil sie Staatsgelder als Unterstützung einfordern wollen, um als Kommunisten ein behagliches Faulenzertreiben führen zu können.

Verleumdungen und kein Ende.

Die geleimten Kriegsverbrecher.

München, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu der Verleumdung unseres Genossen Auer durch die bayerische Ordnungspresse, er habe die Aktion zum Protest gegen die Ermordung von Gareis in der Ueberzeugung, daß es sich nicht um einen politischen Mord handle, unternommen, teilt uns Genosse Auer mit:

Die Darstellung, daß mir in einer Versammlung dieses merkwürdigen Geständnis entzückt sei, ist unwahr. Unwahr ist, daß ich gesagt habe: „Ich halte es nicht für nachgewiesen und glaube nicht daran, daß die Ermordung von Gareis ein politischer Mord sei.“ Wahr ist, daß ich gesagt habe: „Solange die Untersuchung nicht abgeschlossen ist, rede ich nicht über die Ursachen der Ermordung Gareis. Aber das eine ist sicher, daß ein Teil der bürgerlichen Presse eine Hege getrieben hat und treibt, wie früher zu keiner Zeit. Die Vorkommnisse der letzten Zeit sind eine Folge dieses unverantwortlichen hemmungslosen Treibens.“

Die Hochpolitik der bayerischen Provinzpresse gegen Sozialismus und Reichsregierung förderte in den letzten Tagen wieder einige Verleumdungen schlimmster Art zu Tage. Der Genosse Scheidemann wird mit der Behauptung beschimpft, in führe in Kassel inmitten gestohlener Schlossmöbel ein fürstliches Dasein! Die vor das Reichsgericht zitierten Kriegsverbrecher werden offen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert. Ein Blatt schreibt über die Mörder wehrloser Schiffbrüchiger durch das U-Boot des Leutnants Bahig: „Wir sollten uns doch freuen über jeden deutschen Mann, der sich solchen Urteilen entzieht; denn wir brauchen unsere Besten zu anderem, als daß sie im Zuchthaus sitzen. Was bedeuten im Krieg überhaupt Gesetz, Strafbuch und Haager Bedingungen? Was ist überhaupt Vergehen und Verbrechen im Kriege? Das Völkerrecht war ausgelöscht, der rücksichtslose Kampf bis aufs Messer war mit allen Konsequenzen auszufechten, und wer das tat, tat es um seines Vaterlandes willen.“

Mangel an höheren Verwaltungsbeamten.

Der Minister des Innern, Dominicus, hat im Landtage darüber Klage geführt, daß sich für den höheren Verwaltungsdienst Referendare nur in ganz ungenügender Zahl melden. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hat folgenden höchst übertriebenen Zusatz als begründende Erklärung hinzugefügt: „Kein Wunder! Weil sie nicht unter einem ungeschulten und mangelhaft vorgebildeten, nur parteipolitisch abgestimmten Vorgehenden arbeiten möch-

ten!“ Die unmotivierte Klage des Ministers über die Spärlichkeit des Nachwuchses bei den Regierungsbeamten gibt aber ein ganz falsches Bild von dem bei der Verwaltung bestehenden Zuständen.

Demgegenüber mögen hier die Ausführungen wiedergegeben werden, die uns vor einiger Zeit ein Gerichtsreferendar machte, der nach Ableistung der sechsmonatigen Ausbildungszeit beim Amtsgericht aus besonderer Reueigung in die Laufbahn des höheren Verwaltungsdienstes übergehen wollte und zu diesem Zwecke mit dem zuständigen Dezernenten der Regierung in Potsdam Rücksprache nahm. Gleich zu Beginn der Unterhaltung wurde nach dem Stande des Vaters gefragt. Da dieser mittlerer Beamter ist, stand bei dem die Personalsachen bearbeitenden Regierungsrat der Entschluß fest, die Uebernahme des Referendars unter allen Umständen abzulehnen. Als wesentliche Bedingung forderte er nämlich Vermögensfähigkeit (!), um den zahlreichen gesellschaftlichen Verpflichtungen, die in dem engen Kreise der höheren Verwaltungsbeamten üblich sind, nachkommen und die Wartzeit vom zweiten Staatsexamen bis zur endgültigen Anstellung, die etwa 12 bis 14 Jahre (!) betragen soll, durchhalten zu können. Auf Erfüllung der gesellschaftlichen Verpflichtungen wird ganz besonderer Wert gelegt, zumal auch die übrigen bei der Regierung beschäftigten Referendare nur den „ersten“ Kreisen von Potsdam angehören.

Unter solchen Umständen ist es ganz selbstverständlich, daß die Zahl der Regierungsreferendare eine verschwindend geringe ist und naturgemäß sein muß. Wir empfehlen Herrn Dominicus einmal dort nachzufragen, wo man Befehle weiß, wie die Auswahl der höheren Beamten erfolgt, er wird dann bald sein naives Urteil über die Ursachen des Mangels an Nachwuchs revidieren.

„Abwehr“-Vorbereitung ist straffrei.

Die Waffenbeschaffung für die Selbstschutzorganisation Weihenfeld in Mitteldeutschland hatte der Feldwebel und Waffenmeister Wilhelm Landree der 4. Maschinen-gewehrkompanie des Reichswehr-Infanterieregiments 9 in Potsdam heimlich abgenommen. Bei der Zusammenkunft der Potsdamer Regimenter im Februar d. J. lieferte Landree ihm unterstellte Waffen nicht ab, sondern sandte sie in großen Transporten per Bahn an den Selbstschutz Weihenfeld. Pro Gewehr und Karabiner wurden 150 Mark gezahlt. Der Versand wurde als Eisenbahn- und Uhrgewichte deklarieren. Durch Flagen einer Kiste kam man diesen Waffenschickungen auf die Spur. Landree und einige Mitglieder des Weihenfelder Selbstschutzes standen wegen Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz, militärischen Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung vor der Potsdamer Strafkammer. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Den Vertretern der Presse wurde erlaubt, der Verhandlung beizuwohnen. Die angeklagten Weihenfelder Organisatoren machten geltend, daß sie in der Presse von neu bevorstehendem Aufruhr geleitet hätten; die Potsdamer Waffeneinkäufe seien ein „Akt der Notwehr“ gewesen. Die Potsdamer Strafkammer ließ die Einwände gelten und sprach die Angeklagten frei. Landree erhielt vier Monate Gefängnis, wovon zwei Monate und ein Tag als verbüßt erachtet wurden. Der Rest der Strafe wird dem Angeklagten durch Zahlung einer Buße von 1000 M. bei dreijähriger Bewährungsfrist erlassen.

Das Urteil fordert zur schärfsten Kritik heraus. Zu welchem Zweck hielt man den Ausschluß der Öffentlichkeit für notwendig? Wollte man Nachabmungen verhüten? Die hat man mit dem Freispruch des Weihenfelders für die Zukunft doch geradezu herausgefordert.

Der Kleine, der gehängt wurde, darf für zwei Monate Gefängnis 1000 Mark zahlen und geht damit frei aus. Die 1000 Mark hat er bei den Gewehrverkäufen leicht verdient. Das läßt sich schon daraus beweisen, daß sich der hohe Gerichtshof damit zufrieden gegeben hat, daß der Angeklagte erklärte, er wisse nicht mehr, wieviel Geld er insgesamt bekommen habe.

Jetzt empfehlen wir Herrn Schiffer die Angelegenheit zur weiteren Untersuchung. Er, der die Unparteilichkeit der deutschen Richter und ihren hohen Gerechtigkeitsinn so schätzt, hat allen Grund, derselben Beweise gegen seine Auffassung wie das vorsehende Potsdamer Urteil gründlich zu bekämpfen.

Wetter und Sonnenflecke.

Von Julius Wilms.

Die als Sonnenflecke bekannten Erscheinungen sind ohne Zweifel von großem Einfluß auf die Gestaltung des Wetters. Es ist oft beobachtet worden, daß mit oder bald nach dem Auftreten größerer Sonnenflecke ein merkbares Sinken der Erdtemperatur und eine Zunahme der Niederschläge eintrat. Im Mai und Juni 1916 herrschte ungewöhnlich kühles Wetter mit reichlichen Niederschlägen bei gleichzeitigem Auftreten umfangreicher Sonnenflecke. Anfang Januar 1917 erschienen außergewöhnlich große Flecke auf der Sonne, und fast gleichzeitig stellte sich empfindliche Kälte ein, die den ganzen Winter hindurch anhielt. Das ungewöhnlich kühle und regnerische Wetter im Juli und August 1919 trat gleichfalls mit lebhafter Fleckenbildung der Sonne zusammen.

Herorragende Meteorologen, Professor Köppen, Professor Herrm. Klein u. a. haben bereits einen Zusammenhang zwischen Wetter und Sonnenflecken angenommen. Nach Köppens Ansicht spiegeln sich alle Unregelmäßigkeiten der Erdtemperatur in den Fleckentouren der Sonne wieder. Professor Klein hat durch langjährige Beobachtungen festgestellt, daß in den Jahren mit vielen Sonnenflecken mehr Wolken auftreten als in den Jahren mit weniger Flecken. Heinrich Schwabe, der Entdecker der periodischen Zu- und Abnahme der Sonnenflecke, hat während seiner 44jährigen Beobachtungszeit in den fleckenarmen Jahren die Sonne häufiger beobachtet können als in den fleckenreichen Jahren, in welchen sie also öfter durch Wolken völlig verdeckt war. Es kann daher als feststehend angesehen werden, daß die Jahre mit vielen Sonnenflecken welcher an Wolken und also auch an Niederschlägen sind als die Jahre mit weniger Flecken.

Die Sonnenflecke erscheinen, wie zuerst von Schwabe festgestellt worden ist, in Zyklen von durchschnittlich 11 Jahren, nehmen allmählich ab und hören schließlich fast ganz auf, um von neuem wieder zuzunehmen. Die gegenwärtige Fleckenperiode der Sonne hat im Jahre 1913 angefangen, und die vermehrte Flecken-tätigkeit, das sogenannte Fleckenmaximum, etwa 1915 eingekehrt. Dieses hat bis einschließlich 1919, also etwa 5 Jahre gedauert, und erst im vorigen Jahre hat sich eine merkbare Abnahme der Fleckenbildung gezeigt. Wir befinden uns also jetzt in der Zeit der abnehmenden Flecken-tätigkeit der Sonne, des sogenannten Fleckenminimums, das noch einige Jahre dauern wird. Aus der ziemlich langen Dauer des letzten Fleckenmaximums kann zudem geschlossen werden, daß die folgende Fleckenperiode die durchschnittliche Dauer von 11 Jahren wahrscheinlich überschreiten und nicht schon 1921, sondern erst etwa 1926 oder 1927 ablaufen wird. Da die ersten Jahre einer neuen Fleckenperiode ziemlich arm an Flecken sind, so werden bis zum Eintritt eines neuen Flecken-

maximums sicher noch 6 bis 7 Jahre vergehen, in welchen also im allgemeinen weniger Niederschläge zu erwarten sind als in den Jahren 1915 bis 1919. Jedenfalls kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß uns sechs bis sieben trockene Jahre bevorstehen. Deshalb braucht nun aber nicht befürchtet zu werden, daß in den kommenden Jahren immer Missernten zu erwarten sind; denn für das Gedeihen der Getreidefrüchte kommt es hauptsächlich darauf an, daß genug Regen zur rechten Zeit, d. h. bald nach der Saatbestellung im Herbst und besonders im Frühjahr fällt. 1915 und 1917, also während des Fleckenmaximums, waren die Frühlingsmonate sehr trocken und infolgedessen die Ernten allerdings vielfach ungenügend. Andererseits können in der Zeit des Fleckenminimums Niederschläge gerade zur richtigen Zeit fallen und so recht gute Ernten zur Folge haben.

Hundstagskomödie. Die Sehnsucht der hundstagslich überhitzten Kunststrunde ist die Kriminalistik. Der Gentleman heißt Spitzbube, der Spitzbube heißt Gentleman, der Detektiv heißt Idiot. Die Gerichtsordnung wird auf den Kopf gestellt. Der Eindrehler befehlt, daß der oberste Chef der Polizei ihm die Handgefassen anlegt. Der Chef zögert und bittet sogar flehentlich: „Ach nein!“ um.
„Der Herr Verleumdiger“ heißt das Stück. Molnar und Alfred Halm der Verdrüsslicher zeichnen verantwortlich. Im Künstlerthater wurde das Stück gesehlt, getrommelt, gedonnert, gemimt, gedampft, aber nicht gespielt. Im Dook, der Gentleman-Gauner, war Erich Kaiser-Tih. Er war ein Erbe Harry Waldens, der dieses Genie des Dietrichs einstmalig gab. Doch für solche Schnurren besaß man früher eigenen Stil. Man hat diesen Stil heute verloren.

Jahresste für Karloffe verlangt Dr. Hans Kriehler in der neuesten Nummer der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. In England und Amerika findet man auch in mittleren Krankenhäusern solche „Karloffseure“, und Karloffenzweischfälle gehören dort zu den größten Seltenheiten. Auch würde die Einrichtung dazu dienen, auf dem Gebiet der Karloffe mancherlei zu erforschen oder praktisch zu erproben.

Luftrennen. Allgemein glaubt man, daß die Luftrennen, wie sie jetzt schon hier und da veranstaltet werden, wenig Reiz und Spannung bieten. Man stellt sich vor, daß die Flieger hoch in der Luft schweben und daß daher kein richtiger Eindruck von der Geschwindigkeit des Fliegens gewonnen werden kann. Das ist aber ganz falsch. Beim Luftrennen befindet sich das Flugzeug dem Boden sehr viel näher, denn man kann bei einer Höhe von 100 Fuß größere Schnelligkeit entwickeln als bei 3000 Fuß, und deshalb sind die Einzelheiten so gut zu beobachten wie bei einem Pferderennen.

Die Sensationen, die ein solches „Luftrennen“, wie es jüngst in London stattfand, darbietet, beschreibt der Flugberichterhalter der „Daily News“. Bei den Geschwindigkeiten, die hier erreicht werden, hängt alles von der Maschine ab. Der Flieger muß landen, wo es gerade ist, und es bedarf der größten Vorsicht, bei diesen gewaltigen Geschwindigkeiten einen Unfall zu vermeiden. Die Lichtigkeit der

Maschine ist daher das wichtigste bei Luftrennen, und deshalb werden die Maschinen vor dem Start genau untersucht. Die 20 Maschinen, die nun die Luft durchfahren, kommen bei dem Flug auf kurzer Strecke in Abständen von wenigen Sekunden an. Der Flieger sieht über sich und neben sich andere Maschinen, und in dieser wilden Masse ist es schwierig, die einzelnen zu verfolgen. Kurz vor dem Ende der Bahn stoßen dann die Maschinen alle herab und gehen im Gleitflug nieder.

Bei den Luftrennen über kürzere Strecken werden übrigens erstaunliche Schnelligkeiten erzielt, wie ein Ueberblick über die Entwicklung des letzten Jahrzehnts zeigt. Der Gewinner des ersten englischen Luftrenns im Jahre 1912 legte 59 englische Meilen in der Stunde zurück; im nächsten Jahr war diese Geschwindigkeit bereits auf 76 Meilen gesteigert. Nach der durch den Krieg verursachten Pause wurden 1919 129 Meilen erreicht und 1920 154 Meilen.

Die Einführung des Zwischenvorhangs. Der Zwischenvorhang, der vielfach auf der Bühne erscheint, wenn eine Szenenveränderung vorhüllt werden soll, ist zwar von Reinhardt durch die Verdunkelung der Szene ersetzt worden. In neuester Zeit aber beginnt er mit der Durchführung der Stübtheater wieder mehr in Aufnahme zu kommen. Dabei mag daran erinnert werden, daß der Zwischenvorhang bei unseren deutschen Theaterbühnen noch nicht lange eingebürgert ist. Wie Dr. Goldschmidt in seinem vor kurzem erschienenen Buch „Eduard Devrient's Bühnenreform am Karlsruher Hoftheater“ hervorhebt, ist diese technische Neuerung durch Devrient eingeführt worden. Als er am 26. Mai 1859 den ersten Teil von Shakespeares „Heinrich IV. in einer neuen Inszenierung herausbrachte, machte der Theaterzettel das Publikum auf die Neuerung mit den folgenden Worten besonders aufmerksam: „Die offenen Szenenveränderungen sind aufgehoben und werden durch das Herabfallen des roten Vorhangs verdeckt. Das Fallen des architektonischen Vorhangs bezeichnet den Schluß der Akte.“ Dieses neue Mittel für die Verwandlungen wurde dann von vielen anderen deutschen Bühnen übernommen, und erst im 20. Jahrhundert erhob man Einwände gegen seine Benutzung, bis dann Reinhardt die Verwandlungen auf offener verdunkelter Szene vornahm.

Was die Bibel enthält. „Bist Du auch fleißig in die Sonntagsschule?“ fragte der Pfarrer ein kleines Mädchen.

„Jeden Sonntag,“ war die Antwort.

„Und kennst Du Deine Bibel, mein Kind?“

„Ja.“

„Kannst Du mir sagen, was die Bibel enthält?“

„Ganz genau kann ich es aufzählen.“

„Das ist tüchtig. Laß hören!“ sagte der zufriedene Pfarrer.

„Erst ist da das Bild vom Bräutigam meiner Schwester; dann ist da Mutis Rezept für Hautcreme und eine Lode von meinem Haar, wie ich klein war, und dann der Pfandfchein von Vaters Uhr...“

Spielplanänderung. Im Theater in der Kommandantenstraße muß die Ueberführung der Operetten-„Dienste“ die Dienstreise am Sonnabend, den 23., verschoben werden.

Wag Falbe hat eine dreitägige barocke Komödie „Ritterli“ vollendet.

Der „Dolch“ wieder gepußt.

Der englische Schriftsteller General Maurice erfand lange nach dem 10. November das Wort vom Dolchstoß von hinten. Unsere Nationalmoralisten sind seitdem damit reichlich freibekommen. Gegenüber der Masse an nüchternen Tatsachen, die den Unfug vom Dolchstoß tausendfach widerlegen, ist es dann einigermaßen still geworden. Jetzt aber hat die Rechtspreß die ihr verloren gegangenen Dolch wiedergefunden. Es sind aber nicht mehr die deutschen Sozialdemokraten, sondern die österreichischen Sozialisten, die den Stoß geführt haben sollen. Man stützt sich bei dieser Behauptung auf eine Broschüre „Aus Oesterreichs Revolution“, die der Genosse Dr. Deutsch im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung hat erscheinen lassen.

Stellen wir wieder einmal die Tatbestände in die richtige Reihenfolge.

Ludendorff und Hindenburg erzählten im Sommer 1918, daß es ihnen durch ihre Offensive endlich gelungen sei, die ganze Feindarmee aufzureiben. Am 11. Juni 1918 erklärte der Kriegsminister von Stein im Reichstag: „Die sogenannte Feindarmee besteht zurzeit überhaupt nicht mehr!“ Einen Monat danach erklärten die Reservearmeen der Alliierten die letzte Kraft des deutschen Heeres. Es kam der Zusammenbruch der Ludendorffschen Offensive und der 14. September. Surian veröffentlicht für Oesterreich eine Note an alle kriegsführenden Staaten und bittet um Friedensverhandlungen.

Am 28. September meldet Wolff: „Bulgarien hat der Entente die Einstellung der Feindseligkeiten vorgeschlagen.“ Der Staatssekretär v. Hingis erklärte demnach im Hauptauschuß des Reichstages: „Ein Anlaß, das Spiel Bulgariens heute schon verloren zu geben, liegt weder für Bulgarien noch für uns vor!“

Am 30. September meldete der englische Generalstabbericht die Kapitulation der türkischen Streitmacht.

Am 1. Oktober geht beim Auswärtigen Amt ein Telegramm ein: „General Ludendorff wünscht, das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könne.“

Der Prinz Max v. Baden und seine Regierung sehen die Gefahr dieses plötzlichen Zusammenbruchs Ludendorffs. Max v. Baden versucht zu halten, aber Hindenburg telegraphiert: „Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer Forderung des sofortigen Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.“

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Nach steht das deutsche Heer fest gefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Und am 28. Oktober telegraphiert Hindenburg: „Ich und General Ludendorff stimmen dem mitgeteilten Wortlaut der Antwortnote an Wilson zu.“

Was sagte dazu die heutige Dolchstoßpreß? Die „Post“ schrieb am 18. November 1918:

„Donach hat General Ludendorff am 1. Oktober d. J. unsere militärische Lage für verweilt gehalten und sofortiges Waffenstillstandsangebot gefordert. Acht Tage darauf gestand er ein, sich in der Bewertung der Kriegslage geirrt zu haben. Einen folgenschwereren Irrtum hat es nie gegeben. Er hat ein ganzes Volk dem Unglück und der Schande überliefert.“

Und die „Kreuzzeitung“ schrieb am 13. November: „... die militärische Leitung hat, ohne jede politische Bestimmung ihrer Kampflinie und in Unterschätzung unserer Feinde geglaubt, den zerschmetternden Sieg nach allen Seiten erschreiten zu können. So ging der Krieg verloren und begrub in seinem Ausgang den deutschen Kaiserstaat unter seinen Trümmern.“

Diesen Tatbeständen braucht nichts hinzugefügt zu werden, höchstens das, daß man auch durch hunderttausend Lügen die von uns eben wieder festgestellte Wahrheit nicht beseitigen kann.

Bahnwirtschäften an Kriegsbeschädigte.

Mit Verordnung des Reichswehrministers kann mit der Zustimmung von Bahndirektoren an Kriegsbeschädigte nur in geringem Umfang an Kriegsbeschädigte nur verhältnismäßig selten werden. Zuständig für die Vergabung der Bahnwirtschäften sind die Eisenbahndirektionen, die hierbei mit den Kreisstellen für Kriegsbeschädigte und Kreisstellen für die in Venehmen zu treten haben. Bewerber müssen sich daher an die zuständige Kreisstelle wenden, die die Gesuche weitergibt.

Hochspannung in Ungarn.

Budapest, 19. Juli. (U.R.) Auf Grund der Enthüllungen des KdG. Beniczky werden jetzt zum erstenmal die Bezeugten der Bruchschadenshaftung frei in der Öffentlichkeit besprochen, und die Zerjur mag nicht, die Zeitungen an der ausführlichen Wiedergabe der Rede Beniczky zu hindern. Trotz der Versprechungen des Ministerpräsidenten Bethlen, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, ist bis zur Stunde noch keine Verhaftung erfolgt. Die Detachements scheinen vielmehr entschlossen zu sein, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen: Drei ungesessene Budapest Journalisten wurden infolge der unbedachten Denunziationen einer verlassenen Schauspielerfrau gegen ihren Mann und der expressiven Annäherung ihrer Qual, als dessen Sohn wegen Besitzes von Revolutionärschriften verhaftet wurde, unter der Beschuldigung verhaftet, dem in Wien erscheinenden Blättchen „Népszava“ Nachrichten übermittelt zu haben. Der eine der Verhafteten, Dr. Madzgar, ein Mitarbeiter der sozialdemokratischen „Népszava“, ist in „militärische“ Hände geraten und es fehlt von ihm seitdem jede Spur. Man befürchtet, daß er auf ähnliche Weise beseitigt werden soll wie im Vorjahr der sozialdemokratische Redakteur Szomogyi. — Die Partei der kleinen Landwirte droht mit ihrem Austritt aus dem Kabinett, falls nicht energisch die Rechtsordnung wiederhergestellt wird.

Äußerer Ausländer. Nach einer nicht ganz unwahrscheinlichen Revolver-Mordung der „S. S. a. M.“ sind die KPD-Berichter auf dem Moskauer Kongress gewaltig und unter rotgardistischer Begleitung nach Kiew abgedacht worden. Da wird wohl Trotski bald Koste helfen.

Groß-Berlin

Nie wieder Krieg!

Der Bezirksverband Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat soeben die aktive Beteiligung an der am Sonntag, den 31. Juli, im Lustgarten und auf dem Schlossplatz stattfindenden Friedenskundgebung „Nie wieder Krieg!“ offiziell beschlossen. Damit dürfte diese Veranstaltung, die übrigens an demselben Tage zur selben Zeit in ganz Deutschland stattfindet, zweifellos die größte und machtvollste Kundgebung für den durch nichts und niemanden zu beirrenden Friedenswillen des deutschen Volkes werden. Alle Genossen und Genossinnen sowie alle Freunde des Gedankens einer internationalen Verständigung werden gebeten, sich den 31. Juli freizuhalten.

Weitere Mitteilungen folgen nach.

Erdmannshof in Flammen.

In früher Morgenstunde brach heute in dem Fabrikgebäude Erdmannshof, Kottbuser Ufer 39/40, Feuer aus. In kurzer Zeit stand der ganze Dachstuhl des Fabrikgebäudes in Flammen. Das Obergeschloß, in dem sich verschiedene Industriebetriebe — Tischlereien, kleinere Maschinenfabriken sowie Lagerräume — befinden, brannte vollständig aus. Offenbar sind Holzspäne durch Selbstentzündung in Brand geraten und haben mehrere Stunden geschwelt, bevor das Feuer zur Flamme emporstieg. Die Feuerwehr hatte beträchtliche Schwierigkeiten, die Schlauchleitungen in richtiger Höhe anzubringen, so daß das Feuer einen gewaltigen Umfang erreichte. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als müßte auch das in der Nachbarschaft gelegene Luisen-Theater von den Flammen ergriffen werden. Durch fortwährendes Wassergeben auf das Dach des Theaters und der Kutschen- und Geräteschuppen konnte die Gefahr abgewendet werden. Der ganze südliche Stadteil war eine Zeitlang von dicken schwarzen Rauchwolken überdeckt, so daß sich des Publikums eine ungeheure Erregung bemächtigte. Der Schaden ist ein gewaltiger und läßt sich zurzeit noch gar nicht übersehen, da auch die Wassermassen sehr viele Waren und Maschinen beschädigt haben. Die starken Beiwasser haben andererseits verhindert, daß das Wasser in die unteren Etagen gedrungen ist und sich dadurch auf beste bewahrt. Auch Möbeln und Einrichtungen der Fabrikgesellschaft, die in dem im Erdmannshof befindlichen Lagerräumen untergebracht waren, sind schwer beschädigt worden. Die Feuerwehr hatte im ganzen mit 50 Fahrzeugen der Groß-Berliner Wehren zu tun und einen außerordentlich schweren Stand. Die Aufräumarbeiten werden sich noch bis in den Abend hineinziehen.

Der Erdmannshof hatte bereits im August 1913 ein ähnliches Großfeuer zu überleben. Damals brannten drei Dachstühle ab.

Der Fall Rudolph-Franzke.

In den Kreisen der Magistratsmitglieder, die sich heute mit dem Fall des Dr. Franzke, genannt Dr. Rudolph, beschäftigen werden, hat, wie die B. S.-Korrespondenz zu melden weiß, die Nachricht von seiner Haftentlassung in Wilddorf außerordentliches Befremden erregt. Es soll zunächst festgestellt werden, aus welchem Grunde nicht sofort ein Beauftragter der Stadt Berlin nach Wilddorf mit den nötigen Unterlagen geschickt ist, um dem dortigen Amtsanwalt die erforderlichen Informationen zu geben, welche dem dortigen Gericht die Möglichkeit verschafft hätten, den von Tag zu Tag ablaufenden Haftbefehl zu erneuern und die Ueberführung Rudolph-Franzkes nach Berlin zu veranlassen. Im übrigen soll die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I bereits einen neuen Haftbefehl erlassen und den Magistrat sowie andere Stellen veranlaßt haben, ihr sofort alle Unterlagen zu übergeben.

Das Explosionsunglück in Wildau.

In einem kurzen Bericht haben wir bereits in der heutigen Morgennummer Kenntnis von einem Explosionsunglück, das sich in Wildau bei Königsmusterhausen zugezogen hat, gegeben. Dieses Unglück hat in der dortigen Bevölkerung eine erhebliche Beunruhigung hervorgerufen, so daß wir einen weiteren uns zugegangenen ausführlichen Bericht zur Kenntnis bringen, den wir der Beachtung der Behörden empfehlen.

Am Dienstag vormittag ereignete sich in Wildau auf dem Gelände des Schloßhofes, den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken gehörig, eine schwere Explosion. Eine Firma Schmidt betreibt dort die Zerlegung von Munition. Nach Aussage der Arbeiter soll die Entzündung einer sogenannten Brandpatrone die Ursache dieses Unglücks sein. Es wurden drei Arbeiter schwer und zwei leicht verletzt. Dr. König aus Wildau war sofort zur Stelle und ließ die schwerverletzten Arbeiter nach Anlegung von Kissenbänken nach den Krankenhäusern Copenick und Königsmusterhausen bringen. Ein anwesender Direktor Schwark von der Firma Schmidt erklärte auf ausdrückliches Verlangen, daß die Brandpatrone von den anderen Leuten zu untersuchen seien und solches Unglück sich jederzeit wiederholen könne. Wir aber fragen die zuständige Stelle: Sind die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen bei solchen gefährlichen Arbeiten stets angewendet worden? Werden behördlicherseits regelmäßige Kontrollen durchgeführt? Man kann wohl sagen, daß der schreckliche Krieg genug Opfer gefordert hat und daß jetzt alles getan werden muß, um zu verhindern, daß er auch noch in seinen letzten Zudungen das Leben von Volksgenossen bedroht und vernichtet.

Testamente von Kriegsteilnehmern.

Aus dem Reichswehrministerium wird der „Dena“ mitgeteilt: Bei der Rechtsabteilung des Reichswehrministeriums wird noch eine große Anzahl von Testamenten aufbewahrt, die von Kriegsteilnehmern im Felde errichtet worden sind. Soweit sie als sog. privilegierte letztwillige Verfügungen nach dem § 44 des Reichsmilitärstrafgesetzes vom 2. Mai 1874 errichtet sind, haben sie mit Ablauf eines Jahres, nachdem der Truppenteil des Testators demobilisiert worden oder aus der Gefangenenschaft zurückgeführt ist, ihre Gültigkeit verloren. Die nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs errichteten ordentlichen Testamente behalten ihre Gültigkeit. Die Verhältnisse werden sich aber inwiefern vielfach so verändert haben, daß die Rücknahme der Testamente oder deren Abgabe an das zuständige Amtsgericht angezeigt erscheint. Entsprechende Anträge sind unter Beifügung des Hinterlegungscheines an das Reichswehrministerium, Rechtsabteilung, Berlin W. 63, Leipziger Str. 3, zu richten.

Neues Auto und billige Dreiraddrosche.

Seit längerer Zeit ist der Tarif für die Benzindroschen auf die achtfache dritte Lage des Fahrpreisanzeigers, ohne Unterschied der Zahl der an der Fahrt beteiligten Personen, festgesetzt worden. Wie wir erfahren, haben sich nunmehr auch die Besitzer der elektrisch betriebenen Droschen von Berlin an die Tarifbehörde und an den Berliner Magistrat gewendet, um ansehnlich in der gleichen Weise gestiegenen Betriebskosten eine Gleichstellung mit den Benzindroschen zu erlangen. Als einzige billiger Droschenfahrgelegenheit werden dann nur noch die zurzeit probeweise zum öffentlichen Droschenfuhrwesen zugelassenen Dreiraddroschen übrigbleiben, bei denen die Fahrpreise um 25 Proz. niedriger sind, als bei den anderen Wagen. Wie bereits kurz bemerkt, befindet sich ein neuer Versuch zur Schaffung billiger Droschenfahrgelegenheit in Vorbereitung. Auf Anregung der Hauptverkehrsstelle ist eine Automobilfirma zurzeit mit der Lösung der Frage beschäftigt, einen Dreiradwagen, der wesentlich leichter sein wird als die großen Droschen, zu bauen, und der bei geringem Brennstoff- und Motorverbrauch und geringem Gummiverbrauch zu den gleichen Fahrpreisen Personen befördern soll wie das Dreiradauto.

Eine Erklärung des Berliner Magistrats.

Der Magistrat Berlin hat folgende Kundgebung erlassen: „Nachdem durch Urteil des Obergerichtes vom 16. Juni 1921 sowohl die Stadtverordneten- als auch die sämtlichen Bezirksverordnetenwahlen für ungültig erklärt worden sind, ist die Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen erloschen. Dagegen bleiben die Mitglieder des Magistrats und der Bezirksräte in ihren Ämtern und haben ihre Geschäfte weiter zu versehen. Dasselbe gilt für die Stadtverordneten, soweit sie Mitglieder von Magistrats- und Bezirks-Deputationen und Ausschüssen sind und dann auch für die ehrenamtlich tätigen Bürger.“

Im Schlafe aus dem Fenster gestürzt. Der 42 Jahre alte Kaufmann Siegfried Herzog aus der Königsrüher Str. 56a, der dort bei der Familie Cohn im dritten Stockwerk des Vorderhauses wohnte, lag heute früh, weil es ihm in seinem Zimmer zu heiß war, zum Fenster hinaus. Dabei rutschte er ein, verlor das Gleichgewicht und fiel hinunter. Um 5 1/2 Uhr wurde er von dem Nachwächter des Theaters in der Königsrüher Straße leblos im Vorparterium liegend aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch seinen Tod feststellen.

Für 400 000 M. Blüten- und Seidenstoffe erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Zimmerstr. 68. Sie brannten dort gewaltig in die Geschäfte- und Lagerräume der Blumen- und Seidenhandlung von Saralohn und Grohn ein und schleppten die reiche Beute unbemerkt fort.

Jugendherberge im Spreewald. Am Eingang zum Oberpreewald nahe bei Lübben hat das städtische Jugendamt Berlin soeben eine neue Jugendherberge für die wandernde Jugend eingerichtet, bestehend aus 17 Lagern (Bettstellen mit Matratzen). Eine vollständig eingerichtete Küche ermöglicht das Selbstzubereiten von Speisen, wofür auf Wunsch auch die Herbergseleiterin Sorge trägt. Die Herberge steht der ganzen wandernden Jugend bis zu 20 Jahren offen. Die Uebernachtungsgebühr beträgt für Schüler 75 Pfg., sonst 1.50 M. Anmeldungen sind an das Städtische Jugendamt Berlin, Hauptabteilung III 10 c, Neue Friedr.straße 80, zu richten.

Der neue Heilsarmee-Tempel. Auch die Heilsarmee ist jetzt dazu übergegangen sich für ihr Hauptquartier ein eigenes Heim zu schaffen, und hat zu diesem Zweck den ehemaligen Luisenhof, Dresdenstr. 34/35, erworben. Hierhin sollen später die Bureau verlegt werden, auch befindet sich hier die neue, 1500 Personen fassende Festhalle, die den Namen „Heilsarmee-Tempel“ führen wird und am Freitag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, mit einer großen Feier einweihen werden soll. In den darauffolgenden Tagen findet der jährliche Heilsarmeekongress statt, zu dessen Leitung der Kommandeur Homard und die Tochter des Generals, Katharina Booth, von London berübergekommen sind. — Die Heilsarmee, an deren ungewöhnlichen Zeremonien sich oft genug der Billie Wih der Baritete- und Kirchenmusik-Entwickler hat, ist eine Vereinigung auf internationaler Grundlage, die ebenso wie die Quäker die Verständigung der Völker sucht und sich mit praktischer Wohltätigkeit beschäftigt. Ohne als Sozialist sich der Organisation anzuschließen oder gar dafür zu werben, soll man doch den ersten Willen der Leute zu internationaler friedlicher Arbeit anerkennen.

Ein Verkauf aller Möbel und allen Hausgeräts, und zwar eine Anzahl von Einrichtungsgegenständen, ein großer Vorrat Petroleumlampen u. a. m., die teils unbrauchbar, teils entbehrlich sind, findet am Donnerstag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr, im Alters- und Kinderheim der Gemeinde in Neubabelsberg, Ecke Bismarck- und Stahnsdorfer Straße gegen Barzahlung meistbietend durch Versteigerung statt. Kauflustige können Näheres hierüber beim Inspektor des Heims erfragen.

Freie Stelle im Kreisverwalteramt. Durch eine demnächst erscheinende Bekanntmachung des Kreisverwalteramtes wird die Besetzung, wonach auf den Kreisverwalter den Kleinverkaufspreis für die ganze Packung und für die einzelne Kerze anzugeben ist, sowie des ferner hiermit in Zusammenhang stehende Verbot des losen Verkaufs von mehr als drei Kerzen aufgehoben.

Erholungsheim für Lehrerinnen. Als Erholungsheim für minderbemittelte Lehrerinnen werden in den Sommer- und Herbstferien einige Räume der Quarantäneanstalt bei Embden benützt. Im Fall einer Besetzung mit Kranken müssen die Lehrerinnen ihren Aufenthalt ohne Anspruch auf Entschädigung unverzüglich abbrechen. Bettwäsche, Kissen- und Bettbezüge sowie Handtücher sind mitzubringen. Verpflegung wird nicht gewährt. Das nahegelegene Seemannsheim berechnet für das Mittagessen etwa 8 M.

Die alten Berliner aufs Land. Die alten Berliner oder Hofmännchen will der Magistrat in Berlin möglichst in Privatpflege unterbringen. Die Stadt will damit ihre Anstalten entlasten. Wie der Magistrat mitteilt, sind die alten Leute zu ganz leichten Bedingungen in ländlicher Arbeit oft noch verwendbar. Er ist bereit, für die Privatpflege je nach den Verhältnissen bis zu 250 M. auf den Kopf monatlich zu zahlen. Der Minister des Innern hat die Regierungspräsidenten ersucht, diese Absicht bekanntzugeben, nötigenfalls sich mit geeigneten Vereinen in Verbindung zu setzen.

Es wäre wirklich zu wünschen, daß man die alten, meistens doch schon recht gebrechlichen Leute in den städtischen Altersheimen heile. Einmal fort von Berlin, weiß kein Mensch, wie es ihnen ergehen wird.

Postüberwachungsstellen. Die Post hat mit der Postüberwachung nichts zu tun. Die Postüberwachungsstellen sind Organe der Reichsfinanzverwaltung und unterstehen dem Reichsfinanzministerium. Auch das Personal der Postüberwachungsstellen wird von diesen selbstständig angenommen und besteht nicht etwa aus Postbeamten. Zuschriften und sonstige Anfragen, die die Postüberwachungsstellen betreffen, sind deshalb an diese unmittelbar oder an das Reichsfinanzministerium und nicht an die Postbehörden zu richten.

Der Sportpalast an die Ufa verkauft. Das bekannte und auch archaische Berliner Schpielhaus, der Sportpalast in der Potsdamer Straße, wird von der Ufa übernommen werden, die in ihm ihre großen Filme zur Aufführung bringen will. Im Besitz der Ufa sind die bekannten U. I. Theater.

Der Verwaltungsrat des Vereins Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatseilbahnen hat beschloffen, mit Rücksicht auf die in diesem Jahre abgelaufene Laufzeit des Internationalen Straßenbahn- und Kleinbahnvereins in Wien bis diesjährige Hauptversammlung lediglich auf die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zu beschränken. Die Versammlung soll in Berlin im September stattfinden.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Morgen, Donnerstag, den 21. Juli:

2. Kreis, Kottbus. Abends 7 Uhr Kreisrat-Verammlung in der Aula des Sozialistischen Wilhelmshafen Str. 68. Ohne Registrierung kein Zutritt. Punkt 1 des Tagesordnungs der Delegierten namengebend.

70. Abteilung, Schöneberg. Heute nachmittags 1 1/2 Uhr. Zusammenkunft aller Genossinnen mit Familie am Bahnhof Potsdamer. Abfahrt nach Blankenfelde. Geht auf gemütliches Zusammensein.

Arbeiter Sport.

Die letzte Gewandveranstaltung des Gewerkschaftsverbandes der Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verbands „Gefährliche“ fand am Sonntag, den 17. Juli, statt und gestaltete sich zu einer imponierenden Kundgebung. Um 1 Uhr wurde ein Marsch durch die Stadt Potsdam angesetzt, und zwar in doppelter Schreibe von 1200 Mann. Das Ziel der Umfahre war der Lustgarten am Schloss, wo eine öffentliche Versammlung der Arbeiter stattfand. Nach den Besprechungen der Potsdamer Genossen sprach der Gewerkschaftsbeamte Delmer über die Fortbewegung, welche die Arbeiter 1921 erneut an Reich, Staat und Kommunen stellen müssen. Es wurde zum Schluß eine Entschlüsselung angenommen, die den Kampf auf Verbesserung der Stellung und Ausbesserung ausdehnt.

Gewerkschaftsbewegung

„Ungewerkschaftlich und frech“

Neues vom D.H.V.

Nach wie vor macht sich die parteipolitische Einstellung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in seiner Gewerkschaftsarbeit bemerkbar. Wie weit diese deutschnationalen kapitalistischen Einflüsse schon führen, zeigen deutlich die Ereignisse, die sich in diesen Tagen im Bundesstaat Lippe abgepielt haben.

Die Christlichen Gewerkschaften, Bezirk Lippe, die durch den Abgeordneten Bielemeier im Lippeischen Landtage vertreten sind, haben sich bei der Regierungsbildung für eine Koalition der Sozialdemokratischen und Demokratischen Partei, entschlossen. Das Lippeische Landespräsidium steht sich nach dem Ausschreiben des Deutschnationalen Ritters aus zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten zusammen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband bittet auf Grund der vorerwähnten parteipolitischen Einstellung die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht und fordert den Rücktritt Bielemeiers. Aus diesem Grunde hat der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften für Lippe eine Erklärung gegen den Abgeordneten Bielemeier veröffentlicht. Dieser Erklärung tritt der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der sich, wie uns der D.H.V. mitteilt, in zwei Sitzungen mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigt hat, nach gründlicher Beratung mit folgendem Beschlusse entgegen:

1. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes billigt das Verhalten des Abg. Bielemeier in der Frage der Regierungsbildung.

2. Der Vorstand gibt dem Gesamtverband der Angestellten auf, bis zum 1. August d. J. einen Vertreter für das Landespräsidium namhaft zu machen. Der vorgeschlagene Vertreter muß in seiner politischen Grundanschauung der jetzigen Regierungskoalition entsprechen.

3. Ernat der Gesamtverband der Angestellten bis zu diesem Tage einen annehmbaren Vorschlag nicht, so wird der Vorstand des Gewerkschaftsbundes selber einen geeigneten Vorschlag machen.

Gewerkschaften Lippeischer Kreis.

Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteter.

Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter.

Zentralverband christlicher Holzarbeiter.

Aus vorstehender Erklärung geht wohl zur Genüge hervor, wie die Mäher des Abg. Bielemeier über seine Stellungnahme denken. Zum besseren Verständnis sei noch darauf hingewiesen, daß von den Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christlichen, Die Red.) der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften ein Sechstel der Gesamtmitgliedszahl ausmacht. Die Angestellten verlangen allerdings, daß sich die übrigen Sechstel dem Willen der Angestelltenführer unterordnen sollten. Das ist aber nicht, weil in unserem Gewerkschaftsbunde die Beschlüsse der Mehrheit gelten.

Es ist eine ungewerkschaftliche und freche Zumutung, wenn die Angestelltenführer die Mandatniederlegung des Abg. Bielemeier verlangen.

Für den Vorstand: Konrad Gottthardt, 1. Vorsitzender.

Dieses Zeugnis eines Bundesgenossen charakterisiert wohl am besten die reaktionäre Einstellung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Wenn der D.H.V. auf diesem Wege fortfährt, wird die Zeit vielleicht nicht zu fern sein, in der sich die Christlichen Gewerkschaften weigern, weiter mit diesen deutschnationalen Heiden zusammen zu arbeiten.

Ein Angriff auf die Versammlungsfreiheit.

Eine vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten in Osnabrück am 11. Juli einberufene Gewerkschaftsversammlung, die bis 2 Uhr nachts genehmigt war, wurde kurz nach 2 Uhr durch Beamte der Schupo aufgelöst. (Bekanntlich sind die Gastwirtangestellten infolge ihrer Tätigkeit gezwungen, ihre Versammlungen nach Eintritt der Polizeistunde abzuhalten.) Daß die Versammlung kurz nach 2 Uhr aufgelöst wurde, ohne daß die Tagesordnung erledigt werden konnte, ist nicht das wesentliche. Bezeichnend ist vielmehr, in welcher Weise man gegen diese Versammlung vorging. Kurze Zeit nach der Auflösung der Versammlung erschien eine Abteilung von 20 Schupo-Beamten, die das Haus umstellten und die Türen gewaltsam erbrachen, in Küche und Keller nachsuchten und schließlich keinen der „Schwer-

verbrecher, die die Gewerkschaftsversammlung besucht hatten, fanden.

Dieser Fall ist einer der vielen Drangsalierungen, die die Hotelangestellten bei der Abhaltung ihrer Gewerkschaftsversammlung zu erdulden haben. Die Polizeiverwaltungen berufen sich auf die längst überlebte Bundesratsverordnung vom Jahre 1916, um den gewerkschaftlichen Angestellten die Abhaltung von Nachter- und Samstagsversammlungen zu verweigern. In sehr vielen Fällen haben die Behörden sich dabei als die Helfershelfer der Unternehmer betätigt, die ein starkes Interesse an dem Nichtzustandekommen der Gewerkschaftsversammlungen haben. Doch es eine ganze Reihe von Polizeiorganen gibt, die in lokaler Weise den Gastwirtsangestellten die Versammlungsfreiheit, die sie selbst vor dem Kriege und sogar während des Krieges hatten, einräumen, soll hier nicht verschwiegen werden.

Die in Frage kommenden Angestellten betrachten es als ihr ganz selbstverständliches Recht, Gewerkschaftsversammlungen nach Beendigung ihrer Arbeitszeit abzuhalten. Sie glauben auch in der Republik nicht minderen Rechts als im kaiserlichen Kaiserreich zu sein.

Die Hauptverwaltung des Zentralverbandes der Hotelangestellten bemüht sich seit mehr als einem halben Jahre bei drei Ministern, um eine Regelung der Versammlungsfrage nach Eintritt der Polizeistunde zu erzielen, ohne daß die Angelegenheit einen Schritt weitergekommen wäre. Die Gastwirtsgehilfen fordern nunmehr mit allem Nachdruck die Einstellung dieser Drangsalierungen und die Regelung der Versammlungsfreiheit für die gewerkschaftlichen Angestellten durch das Reichsministerium des Innern. Wenn Ansehen nach hat man es mit der Verlängerung der Polizeistunde zugunsten der Unternehmer viel seltener als mit der Wiederherstellung der bisherigen Versammlungsfreiheit der für diese Unternehmer tätigen Arbeiter und Angestellten.

Lohnrückerei bei der Vergabe von Staatsaufträgen.

Die Herstellung der Bekleidungsstücke für die Schutzpolizei soll nach dem Tarif der Uniformlieferungsindustrie entlohnt werden, d. h. die angelegten Arbeitsstunden werden mit dem Stundenlohn, der in Berlin 5,77 M. beträgt, multipliziert. Unter den Firmen findet natürlich ein förmlicher Wettlauf nach diesen Aufträgen statt. Der eine unterbietet den anderen, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen und den Auftrag zu erhalten. Dieses Unterbieten geschieht aber nun keineswegs auf Kosten des Profits, sondern auf Kosten des Arbeitslohnes. Eine Berliner Firma z. B. erklärt, daß sie mit dem ihr bewilligten Tarif nicht auskommt, daß sie draufzahlen müsse, daß die Aufträge von außerhalb seien und sie zudem mit der Konkurrenz rechnen müsse. Aus all diesen Gründen zahlte sie ihren Arbeitern einfach eine halbe Stunde weniger. Auch der Hinweis der Firma, daß es sich um Vollerlösen handelt, ändert an der Tatsache nichts, daß sie den tariflichen Lohn zu zahlen hat. Wenn sie glaubt, aus Konkurrenzgründen billiger liefern zu müssen, dann soll sie das tun, aber sie hat kein Recht, diesen Konkurrenzkampf auf Kosten des nicht allzu hohen Arbeitslohnes durchzuführen. Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband, der uns diese Mitteilung macht, erwartet von der vergebenden Dienststelle und vom Minister des Innern, daß sie diesen Zuständen baldmöglichst ein Ende machen.

Die Buchbinder-Werkmeister zur Lohnfrage.

Die Werkmeister der Buchbindereien waren am Dienstag zahlreich versammelt, um zur Gehaltsfrage Stellung zu nehmen. Das Referat wurde von Arnold Erstatler, der sich dafür aussprach, daß eine Gehaltserhöhung um 10 Proz. ab 1. Juni angelehrt der jetzt bestehenden Verhältnisse gerechtfertigt sei. Die in den kaufmännischen Betrieben Angestellten hätten die tariflich für Werkmeister festgelegten Lohnsätze bereits erheblich überkügelt und auch bei den umfangreichen Auftragsarbeiten in den Buchbindereien werde bei Spezialarbeiten ein höherer Lohn erzielt. Auf ein Schreiben an den Verband Berliner Buchbindermeister, in dem die bescheidene Forderung einer 10prozentigen Zulage erhoben ist, liegt eine Antwort noch nicht vor, doch verspricht, daß eine Versammlung der Arbeitgeber zwar eine ablehnende Haltung dazu eingenommen habe, von einigen der Teilnehmer aber angeregt worden sei, daß man sich in einer Vorstandsitzung nochmals mit der Forderung beschäftigen möge.

Die folgende Aussprache führte zur Annahme eines Vorschlages, nach dem die Arbeitgeber nochmals schriftlich zur Bewilligung der

Gehaltserhöhung und einer baldigen Beantwortung des Schreibens aufgefordert werden sollen. Die nächste Werkmeisterversammlung wird dann über weitere Schritte zu beschließen haben. Man möge im „Vorwärts“ nachsehen, wann und wo die Versammlung stattfindet.

Die gesamte Rhein-Schiffahrt Müßiggel. Nach der „Rhein. Zig.“ ist seit gestern auch das Frankfurter Maschinen- und Heizerpersonal ausständig, so daß die gesamte Rhein-Schiffahrt stillliegt. Auch im besetzten Gebiet beharrt man, entgegen dem Befehl der Rheinlandkommission in Koblenz, im Ausstand. Morgen abend werden die Maschinen- und Heizerverbände zu den Streikfragen Stellung nehmen.

Ausdehnung des Baugewerbestreiks in Saarbrücken. Neben der Arbeiterschaft des Baugewerbes haben nach der „Frankf. Zig.“ nun auch die Materialgehilfen beschloßen, in den Ausstand zu treten. Das gesamte Personal der Maschinenfabrik Ehrhardt ist gleichfalls in den Ausstand getreten.

Arbeiterbewegung in Polen. Der Textilarbeiterstreik in Lodz hat sich trotz der Schlichtungsbestrebungen des Arbeitsministers Darowski weiter ausgedehnt und auf Tomaszow übergreifen. Laut „Bozeta Poranna“ droht der Ausbruch eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks.

Zentralverband der Angestellten (Hörs., Wilm., Fabrikanten etc. 706): Mitgliederversammlung Donnerstag, 8. Ubr. Prachtstraße 11, Berlin, Blumenstr. 12.

Wirtschaft

Französische Wohnungs-„fürsorge“ im Saargebiet.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: „Vor kurzem ist im Saargebiet durch den Minister Hector-Saarbrücken ein Wohnungsbauverband der Gemeinden gegründet worden, der als Vermittler zwischen Staat und Einzelpersonen bzw. gemeinnützigen Verbänden Baukostenzuschüsse gewährt. Die Zuschüsse werden im allgemeinen unter den für die Gewährung von Landesdarlehen üblichen Bedingungen gewährt, d. h. für Kleinwohnungen bis zu 70 Quadratmeter Grundfläche, und betragen etwa 175 Franken je Quadratmeter Wohnfläche. Die mit Zuschuß errichteten Häuser unterliegen nicht der Beschlagnahme und Höchstmietersetzung. Der praktische Wert dieser staatlichen Wohnungsfürsorge aber wird wesentlich beeinträchtigt dadurch, daß die Saargebietregierung die notwendig werdenden Kapitalien in Frankreich aufnehmen will, wo sie mit 7 v. H. verzinst und mit 4 1/2 v. H. getilgt werden müssen, während der Wohnungsbauverband die erforderlichen Mittel innerhalb des Saargebietes mit 4 1/2 v. H. in Markt hätte heben können. Dadurch erwachen dem Stedler schon hohe Kosten. Neben der Verzinsung in Höhe des Friedenswertes und eines weiteren Kapitals von 200 v. H. des Friedenswertes ist der Rest des erforderlichen Baupitals mit 5 1/2 v. H. zu verzinsen und zu tilgen. Dabei bleibt das Haus Eigentum des Verbandes. Da nun, um ein Zahlenbeispiel zu nennen, eine Dreizehnmeterwohnung von 70 Quadratmeter Nutzfläche im Saargebiet heute etwa 80 bis 90 000 M. Baukosten erfordert, würde sich eine Rate von 4 400 bis 4 900 M. ergeben, wobei dem Kupnieher noch die Unterhaltung des Hauses, dessen Eigentümer er gar nicht ist, zur Last fällt.“

Der amerikanische Weltmarkt im Jahre 1920. Der amerikanische Weltmarkt gestaltete sich einem amtlichen Bericht zufolge im letzten Jahre außerordentlich günstig. Die amerikanische Ausfuhr überschritt die Einfuhr um 2800 Millionen.

Aus aller Welt.

Die Cholera in Rußland. Nach den letzten amtlichen Feststellungen ergreift die Epidemie bisher verschonte Gebiete und erstreckt sich von Ufa im Osten bis zur Duna im Westen. Besonders stark wütet die Seuche längs der Wolga und im Donezbecken. Die Zahl der Todesfälle beläuft sich auf 65 bis 90 Proz. An der Grenze von Turkestan wurden amisch bereits vier Fälle von Bubonepest festgestellt. — In dem jetzt südwestlichen Saibach, an der Bahn Triest-Wien, ist eine Arbeiterfamilie an asiatischer Cholera erkrankt.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Giese, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 17. Fernsprecher: 2401. Postamt: Berlin 10, Postfach 10000.

Die Heilung der Nervenleiden durch künstliche Höhensonne und Diathermie

Von F. Kort, Direktor des Künstlichen Höhenjonnensbades „Altis“.

Vor mehreren Monaten veröffentlichte ich in dieser Zeitung einen Aufsatz über die Heilung der Nervenleiden, und seit dieser Zeit sind viele Hunder in der von mir geleiteten Anstalt von ihren Nervenleiden befreit worden. Wenn ich heute auf dieses Thema zurückkomme, so geschieht dies einmal, um die neuesten Erfahrungen auf diesem so viele interessierenden Krankheitsgebiete mitzuteilen, und zum andern, um viele Fragen, die in meinen Sprechstunden an mich gerichtet wurden, allgemein zu beantworten. Um auch neu hinzugekommenen Lesern verständlich zu sein, muß ich einiges aus meinem früheren Aufsatz wiederholen.

Dabei werde ich bei meiner damalen Einteilung in 1. Neuralgie (Nervenschwäche oder Neurostik), 2. Neuralgie (Nervenschmerzen).

Doch man die Neurostik eine typische Erscheinung der Zeitgeist nennen kann, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt aber ist, daß die Neurosen zu den unglücklichsten Krankheiten gehören, besonders deshalb, weil ihre Krankheit von den meisten Menschen nicht als solche angesehen wird. Man hält sie oft für Simulanten und unverträgliche Charaktere, weil man ihnen ihre Krankheit nicht ansieht, man schilt sie faul, weil ihnen ihre Krankheit die

Luft und die Möglichkeit zur Arbeit nimmt. Durch solche Verkennung und falsche Behandlung wird natürlich der Krankheitszustand noch verschlimmert.

Gegen die Neurostik hat sich die Bestrahlung mit künstlicher Höhensonne (aber nur wenn richtig und individuell angewandt) als überaus heilkräftig erwiesen. Professor Jenson von der Universitätsklinik in Gießen schreibt: „Die Bestrahlungen wirken beruhigend und die behandelten Personen erkranken sich wieder — ohne alle narkotischen Mittel — eines gesunden und regelmäßigen Schlafes. Die im Zusammenhang mit den nervösen Erscheinungen auftretenden Schmerzempfindungen verschwinden sehr bald. Ueberarbeitete und geistig überanstrengte fühlen sich nach wenigen Bestrahlungen im allgemeinen außerordentlich getränkt. Das Allgemeinbefinden, das ganze Aussehen des Patienten, das Gesicht nimmt einen ganz andern, frischen Ausdruck an, das gedrückte verdüsterte Gemüt erhellt sich, der Appetit wird auf das günstigste beeinflusst.“

Meine Erfahrungen, bei weit mehr als tausend Kranken gesammelt, stimmen damit vollständig überein. Zuerst kommt in der Regel der Schlaf wieder. Ein Herr erzählt mir bei der ersten Besprechung, er habe seit Monaten nicht geschlafen. Am Tage nach der ersten Bestrahlung lagte er mir voller Freude, er habe von abends 7 Uhr bis den anderen Morgen um 11 Uhr fest durchgeschlafen. So schnell geht es natürlich nicht immer, aber schon nach der 2. oder 3. Bestrahlung pflegt sich der Schlaf einzustellen, dann tritt allgemeine Beruhigung der Appetit hebt sich und die Arbeits- und Lebensdauer der Nerven ein, die Angstgefühle schwinden,

Luft kehrt wieder. Die Kranken fühlen sich, wie mir oft versichert wurde, wie neugeboren. Als gute Hilfsmittel haben sich außer den Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne die Vibrationsmassage und die Hochfrequenzströme bewährt, die je nach Bedarf auch in der Anstalt verabfolgt werden. Manche Nervenleiden sind nun einmünden, er könne die künstliche Höhensonne nicht vertragen, da ihm auch die Wärme der natürlichen Sonne nicht zuträglich sei. Allerdings ist Hitze nicht zuträglich, aber die künstliche Höhensonne ist durchaus kein Schwitzbad. Sie hat nur die milden Heißstrahlen des ultravioletten Lichtes.

2. Neuralgien, d. h. Schmerzansfälle im Bereiche der peripherischen Nerven (Nervenschmerzen). Nicht minder zu bedauern sind die Kranken, die an Neuralgien leiden, denn die Nervenschmerzen gehören zu den schlimmsten Schmerzen, die es gibt. Es gibt eine große Anzahl von Neuralgien. Am bekanntesten sind Gesichts- und Kopfschmerzen der Arme und Hände und besonders Ischias. Die Nervenschmerzen dauern oft Monate und Jahre lang mit geringen Unterbrechungen, und die Kranken fahren heilung suchend oft vergebens von einem Baderort zum andern. Auch diesen Kranken bietet die künstliche Höhensonne in Verbindung mit Diathermie und Vibrationsmassage Befreiung, ihre Schmerzen oft überraschend schnell loszuwerden, und zwar mit sehr geringen Kosten.

Außer bei den Erkrankungen der peripherischen Nerven ist die künstliche Höhensonne auch angezeigt bei verschiedenen Erkrankungen der visomotorischen Nerven, auf die ich hier wegen Raummangels nicht näher eingehen kann. Ich gebe aber in meinen

Sprechstunden von 10—1 und 4—7 1/2 Uhr im künstlichen Höhenjonnensbad „Altis“, Belle-Alliance-Platz 6a, kostenlos weitere Auskunft. Wer sich weiter über die Heilwirkungen der künstlichen Höhenjonne unterrichten will, dem sendet obige Anstalt auf Verlangen (in Berlin kostenfrei, nach auswärts gegen Einzahlung von 1 M. in Briefmarken) die Druckschrift Nr. 1a. Die Preise für eine Höhenjonnensbaderkur von 15 Bestrahlungen sind immer noch bei Einzelbestrahlung 90 M., und bei Gruppenbestrahlung (3—4 Personen) 60 M., so daß sie auch für Kinderbeweiltete erschwinglich sind. Die Preise für die übrigen Heilfaktoren, Diathermie, Vibrations- und Handmassage usw., sind ebenfalls sehr mäßig.

Ich mache noch, damit Verwechslungen vermieden werden, darauf aufmerksam, daß es nur ein künstliches Höhenjonnensbad „Altis“ (Belle-Alliance-Platz 6a) gibt, das keine Zweiganstalten hat. Es sind nämlich in letzter Zeit mehrere Anstalten aufgetaucht, die sich auch künstliches Höhenjonnensbad nennen, sehr oft aber gar keine künstliche Höhenjonne haben.

Im Wartezimmer des Höhenjonnensbades „Altis“ kann sich jeder die richtige künstliche Höhenjonne ansehen, um vor Täuschung bewahrt zu bleiben.

Da jetzt die Winterfrankheiten wegfallen, so braucht bei den 22 Höhenjonnens im Höhenjonnensbad „Altis“ niemand mehr lange zu warten (niemals über 1/2 Stunde). Es ist deshalb die beste Zeit für Nervenleidende, eine Höhenjonnensbaderkur zu beginnen. Je eher man sie beginnt, desto besser und schneller ist die Heilung.

LAUSE nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch **PFEIFFEROL**

Fahrradgummi billiger!!!

Laufmätel M. 40,-, 45,-, 50,-, 55,-	
Prima Laufmätel M. 63,-	
Extra prima Laufmätel mit 1 Jahr Garantie M. 75,-	
Gebirgsreifen M. 70,-, 75,-	
Prima Gebirgsreifen mit 1 Jahr Garantie M. 85,-	
Luftschläuche M. 15,-, mit 1 Jahr Garantie M. 20,-	

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme
Preisliste nach auswärts gratis und franco

Ernst Machnow, Berlin C, Weinmeisterstraße 14
Größtes Fahrradhaus Berlins

Preiswert und gut
kauft man **Damen- u. Herren-Stoffe**
im **Tuchhaus M. E. FREITAG**
Berlin, Molkenmarkt 14/15

Homespun und Schlüßler, die große Mode
Anzug- und Covercoatstoffe von M. 35 bis M. 200

Gardinen Spezial-Verkauf
in Stores, Künster-, Madras- u. Mullgarmenten, Bettdecken, Mull- u. Gardinenstoffe.
Besonders günstige Gelegenheitsaufe.

Franz Funck, Neukölln, Böhmische Str. 10

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
auf Teilzahlung
Kleinste An- u. Abzahlung

Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 68
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Unt. Gesundbr.

Entfettungs-Tabletten

„Bayer-Silbe“
das erfolgreichste und einfachste Mittel gegen Fettigkeit.

Ohne Diätzwang.

Gewichtnahme bei ausgeglichener Nahrung.

Pelikan-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 93
an der Charlottenstr.
Sentrum 2753

Brillanten, Juwelen
kauft auch ganze Nachlässe
besonders große Posten
gute Ware, zum höchsten Kurs

Amsterdamer Diamantenschleifer
Uegr. 1922, 140 Friedrichstr. 160